

8. Dezember 2023

Gemeinsame Stellungnahme (Espace A, Internationaler Sozialdienst SSI, PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz, Suchdienst Schweizerisches Rotes Kreuz SRK)

Auf die Veröffentlichung der [Empfehlungen der Arbeitsgruppe](#) der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen- und direktoren (KKJPD) nach dem [Bericht zu den illegalen Adoptionen aus Sri Lanka](#) (siehe Box unten) folgte am 8.12.2023 der Bericht [«Hinweise auf illegale Adoptionen von Kindern aus zehn Herkunftsländern in der Schweiz, 1970er bis 1990er-Jahre»](#).

Das Bundesamt für Justiz (BJ) hat die ZHAW Anfang 2021 mit einer zusätzlichen Recherche zu weiteren zehn Ländern beauftragt: Bangladesch, Brasilien, Chile, Guatemala, Indien, Kolumbien, Südkorea, Libanon, Peru und Rumänien. Es handelt sich um ein Forschungsmandat, das sich auf eine Analyse der Bundesarchive beschränkt, nicht aber der individuellen Adoptionsakten. **Der Bericht zeigt, dass auch in den nun untersuchten Ländern problematische bis illegale Adoptionspraktiken stattgefunden haben.** Diese gehen von der Gefälligkeit bei der Ausstellung von Pässen über die Vortäuschung von Mutterschaft bis hin zu Kinderhandel. Die Haltung der Behörden und Vertreter vor Ort versties oft gegen die Rechte der Kinder und die Interessen der adoptionswilligen Paare wurden oft höher gewichtet als die der Kinder.

Die unterzeichnenden Organisationen, die sich für die Rechte der Betroffenen, sowohl auf gesellschaftlich-politischer Ebene wie auch in der individuellen Unterstützung einsetzen, begrüßen die Veröffentlichung des Berichts. Der Bericht zeigt klar, dass es eine umfassende systematische historische Aufarbeitung sämtlicher Auslandsadoptionen in der Schweiz (1960er-Jahre bis heute) und eine Analyse der aktuellen Adoptionspraxis durch eine unabhängige Expertengruppe braucht. Für die adoptierten Personen, die das Recht haben, zu erfahren, ob ihre Adoption illegal war und in welcher Form die Behörden ihre Aufsichts- und Schutzpflicht vernachlässigt haben, ist dies besonders wichtig. Es ist dringend angezeigt, betroffene Personen umfassend bei der Aufarbeitung zu unterstützen - für alle Adoptionen, nicht nur illegale. Die unterzeichnenden Organisationen erinnern daran, dass das Recht auf Kenntnis der eigenen Herkunft im Schweizer Recht anerkannt ist, angefangen bei Art. 10 Abs. 2 der Bundesverfassung, über das Zivilgesetzbuch bis hin zum internationalen Haager Adoptionsübereinkommen von 1993 (Art. 30 HAÜ), das für die Schweiz 2003 in Kraft trat.

Kurz gefasst erachten die unterzeichnenden Organisationen folgende Massnahmen als dringend nötig:

1. Der Prozess der Herkunftssuche soll für alle betroffenen Personen kostenfrei gestaltet werden (vgl. KKJPD-Empfehlung Nr. 5).
2. Für die Begleitung und Betreuung von adoptierten Personen im Prozess der Herkunftssuche sollen spezifisch geschulte und qualifizierte Personen eingesetzt werden (vgl. KKJPD-Empfehlung Nr. 3).
3. Eine sichere DNA-Datenbasis auf internationaler Ebene soll aufgebaut werden. Dazu müssen die nötigen Rechtsgrundlagen geschaffen werden (vgl. KKJPD-Empfehlung Nr. 4).
4. Art. 268d ZGB muss überprüft und angepasst werden unter Einbezug der betroffenen Personen und Organisationen sowie der Kantone (vgl. KKJPD-Empfehlung Nr. 1).
5. Die interkantonale Koordination der Herkunftssuche und weiteren Adoptionsthemen sollen auf politischer und fachlicher Ebene überprüft und verbessert werden (vgl. KKJPD-Empfehlung Nr. 2).
6. Es sollen weitere wissenschaftliche Forschungsarbeiten zur Überprüfung und Aufarbeitung der Adoptionspraktiken durchgeführt werden (vgl. KKJPD-Empfehlung Nr. 6). Die Liste mit zu untersuchenden Ländern soll erweitert werden und auch die (heutigen) Praktiken in den Kantonen sollen Teil der Untersuchung sein.
7. Trotz Verbesserungen durch das Haager Adoptionsübereinkommen (HAÜ) seit 2003 gibt es bis heute Hinweise bezüglich der Fortsetzung illegaler Adoptionspraktiken. Die

unterzeichnenden Organisationen rufen die Behörden dringend dazu auf, ein Moratorium zu Auslandsadoptionen (wie z.B. in den Niederlanden beschlossen) zu prüfen.

8. Es gilt eine nationale Informationskampagne zur breiten Sensibilisierung der Bevölkerung sowie potentieller Adoptiveltern durchzuführen. Auch soll darüber informiert werden, dass Reproduktionspraktiken wie die anonyme Samenspende/Eizellspende/Embryonenspende oder Leihmutterchaft ähnliche Fragen bezüglich Kindesinteresse und der späteren Identitätssuche auslösen.

Die genannten Organisationen möchten adoptierten Personen eine Plattform bieten, um sich zu informieren und sich zu organisieren. Dazu ist ein nationales Vernetzungstreffen im Laufe des Jahres 2024 geplant. Interessierte können sich hier melden: info@pa-ch.ch

Kontakt für Rückfragen:

Suchdienst SRK, Nicole Windlin, nicole.windlin@redcross.ch

Espace A, Macarena Fatio, info@espace-a.org

Bericht zu illegalen Adoptionen aus Sri Lanka

In Beantwortung des [Postulats Ruiz 17.4181](#) hat der Bundesrat am 11.12.2020 einen [Bericht über die illegalen Adoptionen aus Sri Lanka](#) in den Jahren 1973 bis 1997 der ZHAW veröffentlicht. Die historische Analyse hat gezeigt, dass sämtliche untersuchten Adoptionsverfahren sowohl in Sri Lanka als auch in der Schweiz Unregelmässigkeiten unterschiedlichen Ausmasses aufwiesen und die Schweizer Behörden zwar über die Probleme informiert waren, jedoch nichts unternahmen.

Empfehlungen der nationalen Arbeitsgruppe Herkunftssuche zur Unterstützung von adoptierten Personen

Um die betroffenen Personen bei ihrer Herkunftssuche künftig besser zu unterstützen, hat die Konferenz der Justiz- und Polizeidirektorinnen- und direktoren (KKJPD) aufgrund des Postulats Ruiz 17.4181 zusammen mit dem Bund eine Arbeitsgruppe (bestehend aus weiteren Unterarbeitsgruppen) – aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen, Betroffenen und privaten Organisationen – eingesetzt, um Empfehlungen zu erarbeiten. Die unterzeichnenden Organisationen haben auf verschiedenen Ebenen an den Arbeiten der Arbeitsgruppe und deren Unterarbeitsgruppen mitgewirkt. Die Empfehlungen wurden am 15.11.2023 publiziert und beziehen sich auf alle Adoptionen.

www.kkjpd.ch/news.html